

TAGUNGEN

Noch eine „Union der Europäischen Völker“ ?

Das Europäische Parlament in Straßburg hielt unmittelbar vor Weihnachten eine Tagung ab, die unter einem kritischen Zeichen stand. Während in Brüssel der Ministerrat tagte, um über den fälligen Übergang der Gemeinschaften in ihre zweite Aufbaustufe von der Zollunion zur Wirtschaftsunion zu beschließen, nahm ein anderes Projekt Formen an: die Gründung einer „*Union der Europäischen Völker*“ — ursprünglich hatte es „Europäischer Staaten“ geheißt. Dahinter verbirgt sich die Absicht *de Gaulles*, eine Art von politischem Verband der vorläufig sechs Staaten, also etwas wie ein „Europa der Väterländer“ zu schaffen. Nicht nur für viele Parlamentarier in Straßburg hat dieses Projekt, jetzt zu einem „*Plan Fouchet*“ verdichtet, etwas recht Fragwürdiges.

Zunächst arbeitet nun einmal die Gruppe der drei Gemeinschaften, sie haben noch immer keinen gemeinsamen Sitz. Das Verlangen, aus ihnen einen einzigen geschlossenen Organismus zu schaffen, blieb bislang unerfüllt — nun soll an einem dritten Platz, wahrscheinlich Paris, eine vierte Organisation entstehen. Zwar soll sie nur ein „Generalsekretariat“ haben, aber es ist doch ganz deutlich, daß daraus ein Stab eigener Art entstehen muß, der letztlich nur den Staats- oder Regierungschefs verantwortlich ist und seine Absichten und Planungen der Öffentlichkeit nach Belieben entziehen kann. Zwangsläufig müssen sich diese aber mit der Tätigkeit der bereits bestehenden Gemeinschaftsorgane überkreuzen, zumal diese immer mehr einen betont politischen Charakter annimmt. Die neue „Union“ soll gemeinsame Interessen auf dem Gebiete der Außen-, Kultur- und Verteidigungspolitik pflegen. Was nun die letztere angeht, so ist sie wohl von allen am fragwürdigsten. Will man etwa wirklich — wie der Abg. *Kreyssig* ironisch meinte — noch eine Miniatur-Nato neben die bereits bestehende Atlantische Gemeinschaft stellen? In der Außen- und der Kulturpolitik spielen hingegen recht wichtige Gesichtspunkte mit, die in den sog. Römer-Verträgen grundsätzlich aufgeworfen wurden, Verträgen, deren Durchführung eben den drei bestehenden Organen EWG, Euratom und Montanunion aufgelegt ist. Wozu also noch ein neues Organ?

Das Europäische Parlament befand sich vor dieser Situation in einem Dilemma, das die ganze recht ausgiebige Debatte beherrschte und dann auch der Entschließung ihr Gepräge gab. Man wünscht und begrüßt nämlich jede engere Zusammenarbeit auf dem politischen Gebiet der Sechs, also kann man

an sich einem solchen Projekt nur zustimmen. Aber dann kommen die Vorbehalte: die bisherigen Gemeinschaften dürfen nicht beeinträchtigt werden; der Generalsekretär muß gegenüber den einzelnen Regierungen unabhängig, hingegen dem Parlament verantwortlich sein, die Rechte des Parlaments sollen gegenüber der neuen Institution erweitert werden. Im übrigen wird eine enge Zusammenarbeit mit den bisherigen Gemeinschaftsorganen gefordert. Soweit die Hauptpunkte der sehr ausführlichen Entschließung.

Wie notwendig die Unabhängigkeit der leitenden Beamten gegenüber Regierungen und Organisationen ist — in den Römer-Verträgen ist sie ausdrücklich festgelegt —, dafür zeugte ein interessanter Zwischenfall. Just als das Parlament tagte, versagte die französische Regierung dem bisherigen und als Fachmann anerkannten Präsidenten der Euratom-Kommission *Etienne Hirsch* die Zustimmung zu einer Verlängerung seines Mandats. Ganz allgemein herrschte die Auffassung, das sei nur deshalb geschehen, weil *Etienne Hirsch* sich nicht an Weisungen gehalten habe, die man ihm von Paris aus zumutete, sondern die europäischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellte! Das Parlament bereitete dem scheidenden Präsidenten eine einzigartige Kundgebung des Vertrauens. Nur ändert diese nichts an der Sache.

Damit aber wurde der innere Konflikt innerhalb der Gemeinschaften offenkundig. Dort, wo die praktische Arbeit geleistet wird, also in den Leitungen von EWG, Euratom und Montanunion, hat sich ebenso wie im Europäischen Parlament ein neuer Geist herausgebildet, den man als wahrhaft europäisch bezeichnen kann. Das ist im Ministerrat, der nicht einmal zeitlich mit seinen Aufgaben fertig wird, keineswegs der Fall — von den Ressortministern der einzelnen Länder gar nicht zu reden. Das ist ein Zustand, der den Fortgang der Arbeiten wesentlich hemmt. Ob er mit einer weiteren „Union“ gebessert werden kann, ist doch wohl recht fraglich.

Die Debatte über schwere Betrügereien bei der an sich privaten, aber von der Montanunion veranlaßten Ausgleichskasse für Schrott ergab, daß die Hohe Behörde kein Verschulden daran trifft — sie war anfangs durch Weisungen des Ministerrats an einer vorbeugenden Kontrolle behindert und konnte erst nachträglich eingreifen, was sie dann auch energisch tat. Jetzt läuft in den meisten EWG-Ländern eine ganze Reihe von Prozessen, natürlich fehlt Deutschland dabei nicht — die mindestens 32 Mill. DM, die dabei in die Taschen von Betrügern geflossen sind, wird man freilich wohl kaum hereinbringen. Der privaten Wirtschaftsmoral ist die gute Konjunktur offenbar nicht ganz so zuträglich, wie man es so gern darstellt... *Artur Saturnus*